



Warnungen vor der totalen Kontrolle durch eine «geheime Elite»: Protestumzug durch Aarau am vergangenen Samstag.

IMPFFMYTHEN

Ein Glaube wird zur Gefahr

Bald beginnt auch in der Schweiz die Coronaimpfkampagne. Die Angst vor der Spritze ist weitverbreitet. Gut vernetzte radikale ImpfgegnerInnen, die bewusst Falschinformationen streuen, werden dabei zu einem gesundheitspolitischen Problem.

VON ANNA JIKHAREVA, NATALIA WIDLA (TEXT) UND FLORIAN BACHMANN (FOTO)

«Stell dir vor, es ist Impfpflicht – und keiner geht hin»: Christoph Pflüger blickt zufrieden ins Publikum. Die Schlusspointe scheint gelungen, die Menge in weissen Maleranzügen vor der Bühne pfeift und klatscht anerkennend. Die wenigsten hier haben ihre Maske über Mund und Nase gezogen, einige haben sie ganz abgelegt. «Den neuen Gesslerhut» hatte Pflüger das Stück Stoff eben genannt, «ein Symbol der Unterdrückung». Der ältere Herr auf dem Platz bleibt mit seinem lautstarken Protest («So ein Seich!») gegen diesen abstrusen Vergleich allein.

Für die meisten hier ist Pflüger kein Unbekannter. Der Solothurner ist Herausgeber des Magazins «Zeitpunkt», in dem er regelmässig gegen die «Coronahysterie» anspricht. Er hat auch das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz mitinitiiert. Am vergangenen Samstag steht Pflüger bei der Schlusskundgebung des «Stillen Protests» in Aarau auf der Bühne: einer Bewegung, die den Menschen – so verheisst es ihre Website – die Möglichkeit geben will, ihren Ärger über die Coronapolitik zum Ausdruck zu bringen. Und die bei ihren Aktionen auf eine Weltuntergangsstimmung setzt, die sich bestens zur Verbreitung über die sozialen Medien eignet. Bevor Pflüger zu reden beginnt, ertönt aus den Lautsprechern eine bleierne Frauenstimme: «Verrate deinen Nächsten.» «Bleib zu Hause.» «Nähe ist gefährlich.» Es wirkt gespenstisch.

Im kalten Dezemberregen sind die rund 200 TeilnehmerInnen in sauberen Zweierreihen quer durch die Innenstadt marschiert. Um sich ohne Worte auszudrücken, konnten beim Verein Schilder mit ironischen Botschaften wie «Dein Atem tötet!» und «Impfen ist Nächstenliebe» bestellt werden. Es ist die dritte Aktion dieser Art – und die grösste. Anfang November waren in Zürich 50 Personen dabei, eine Woche später in St. Gallen bereits dreimal so viele. Was die Menschen verbindet, ist neben ihrer Ablehnung der Covid-Massnahmen auch eine spürbare Verunsicherung. Eine Verunsicherung, die Leute wie Daniel Trappitsch zu nutzen wissen.

Der St. Galler Heilpraktiker vom Netzwerk Impfscheidet redet auf der kleinen

Bühne zwischen Stadtkirche und Justitiastatue als Zweiter. «Der Dani», wie er sich vorstellt, spricht von «Paranoia» und «WHO-Diktatur», von «denen in Bern, die eh machen, was sie wollen». Trappitsch ist seit Jahren einer der radikalsten Impfgegner des Landes. Auf seinen Social-Media-Kanälen leugnet er die Existenz von Covid-19, wettet über die «linke Lügenpresse» und bedient antisemitische Stereotype.

In Aarau hingegen gibt er sich gerade beim Thema Impfen moderat: Er sei nicht dagegen, bloss dafür, dass jeder frei entscheiden dürfe. Die Angst vor einer Impfpflicht scheint hier weitverbreitet – auch wenn der Bundesrat deren Einführung mehrfach ausgeschlossen hat. Wann immer das Wort fällt, ertönen Buhrufe. «Die Impfung kommt durch die Hintertür», sagt auch Pflüger.

Viele sind skeptisch

Was in den kommenden Monaten ansteht, ist die wohl grösste Impfkampagne der Geschichte. Ein ausreichender Schutz stellt sich aber – je nach Impfstoff und Einschätzung – erst ein, wenn mindestens zwei Drittel der Bevölkerung geimpft sind. Was also geschieht, wenn Impfungen zwar bald möglich sind, sich aber zu wenige impfen lassen? Wie geht man mit jenen um, die an Sicherheit und Effektivität des Stoffes zweifeln? Und welche Rolle spielen jene, die nun ihre Stunde gekommen sehen und die Unsicherheit der Menschen für ihre politische Agenda nutzen?

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) listet Impfskepsis als eines der zehn grössten Gesundheitsrisiken. Und wer sich durch entsprechende Statistiken wühlt, merkt schnell, wie niedrig die Zustimmung zum Impfen ist. In Frankreich wollen sich rund vierzig Prozent gegen Covid-19 impfen lassen, in Deutschland und Italien etwa die Hälfte. Und in der Schweiz liegt die Zahl der uneingeschränkt Impfwilligen zwischen 16 und 27 Prozent. Diverse Erhebungen zeigen:

Je näher die Impfung rückt, desto skeptischer werden viele.

Philip Tarr ist Infektiologe am Kantonsspital Baselland, seit 2017 leitet er das nationale Forschungsprogramm zur Impfskepsis.

Zahlen steht er kritisch gegenüber: «Ich wäre vorsichtig, aus standardisierten Telefonumfragen eine ganze Stimmung der Bevölkerung abzulesen zu wollen.» Mit dieser Einschätzung steht Tarr nicht allein da.

«Die meisten Daten, die wir aus den EU-Ländern bekommen, beziehen sich auf Sorgen rund um die Sicherheit von Impfungen», sagt Immunologe Siddhartha Datta, der beim europäischen WHO-Büro für «durch Impfungen vermeidbare Krankheiten» zuständig ist. Die nackten Prozentzahlen würden aber nichts darüber aussagen, wer Fragen zum Impfen habe. «Jemand, der sich heute nicht impfen lassen will, könnte eine Impfung mit zusätzlichen Informationen später akzeptieren.»

Neben den Unentschiedenen gibt es aber auch eine zahlenmässig deutlich kleinere, aber umso lautere Gruppe, die sich in den letzten Monaten zunehmend international vernetzt hat. Die zwar auch auf der Strasse präsent ist, aber vor allem durch Desinformation in den sozialen Medien Zweifel an einer Covid-19-Impfung sät – und so versucht, die SkeptikerInnen auf ihre Seite zu ziehen.

Vergleiche mit Sophie Scholl

Zu dieser Bewegung gehören auch Menschen, die die schiere Existenz von Corona leugnen und krude Verschwörungsmythen über das Impfen verbreiten. Zu den gängigsten zählt, dass der neuartige mRNA-Impfstoff das Erbgut verändern könnte, dass Bill Gates den Menschen beim Impfen Chips einpflanzen wolle, um sie zu kontrollieren, dass die Pandemie in Wahrheit eine «Plandemie» sei, eronnen in den Hinterzimmern einer «geheimen Weltelite». Für all das gibt es freilich keine Belege.

Dass Verschwörungsmythen im Windschatten von Corona Auftrieb erhalten, beobachtet auch Dina Wyler von der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA). «Bei einigen Impfgegnern ist es etwa die Angst vor staatlicher Kontrolle und Lenkung durch geheime Eliten», sagt sie. Zwar würden Maskentragepflicht mit einem staatlich verordneten Genozid gleich, sagt sie. Allein die Tatsache, dass diese Leute demonstrieren dürften, zeige aber im Gegenteil, dass wir in einer gut funktionierenden Demokratie lebten.

Auch der «Stille Protest» hat schon mit antisemitischer Symbolik von sich reden gemacht. In Zürich und St. Gallen sah man Plakate und Armbinden mit der Aufschrift «Impfen macht frei» (in Anlehnung an die Aufschrift auf dem Torbogen vor dem Konzentrationslager Auschwitz) oder Davidsterne mit dem Schriftzug «Ungeimpft». Ähnliche Symbolik verwendeten die ImpfgegnerInnen auch in Deutschland und Österreich.

Auch wenn sich die VeranstalterInnen inzwischen tunlichst um Mässigung bemühen, ganz gelang es ihnen auch letzten Samstag nicht: «It's not about a virus, it's about control», stand auf einem der Plakate, es gehe nicht um das «Virus», sondern um Kontrolle. Daneben auffällig: eine Person, deren Gesichtsmaske an Marionettenfäden hängt; wer sie anleitet, ist nicht zu sehen. Das antisemitische Bild einer Elite, die den Maskenträger kontrolliert.

Zahlen zu antisemitischen Übergriffen lägen für dieses Jahr zwar noch nicht vor, sagt Dina Wyler. Und im Vergleich zu Deutschland oder Frankreich sei es in der Schweiz «eher ruhig». «Wir sind aber keine Insel: Was in unseren Nachbarstaaten passiert, wirkt sich mit der Zeit möglicher-

Fortsetzung von Seite 3

weise auch hier aus», so die GRA-Geschäftsführerin.

Die Zusammensetzung der Proteste unterscheidet sich je nach Land. In Österreich sind altbekannte Gesichter darunter – von den Identitären und Grössen der Neonaziszene bis zu Esoterikerinnen und Tierschützerinnen – ebenso wie neu Politisierte. Zusammen finden sie in Telegram-Kanälen mit Namen wie «Fairdenken» oder «Corona-Widerstand».

Im Zentrum der französischen CoronaleugnerInnen steht ein Mann namens Florian Philippot – früher die Nummer zwei

Die Kooperation



europe's far right
RESEARCH NETWORK

Diese Recherche wurde im Rahmen des transnationalen Zusammenschlusses «Europe's Far Right» erstellt, dem neben der WOZ auch die Tageszeitungen «taz» aus Berlin, «Libération» aus Paris und «Gazeta Wyborcza»

aus Warschau sowie die Wochenpublikationen «Falter» aus Wien, «Internazionale» aus Rom und «hvg» aus Budapest angehören. Unterstützt wurde die Recherche durch ein Stipendium des Fonds Investigative Journalism for Europe (I4EU).

des rechtsextremen Rassemblement National, heute Chef einer Abspaltung. Für Aufsehen sorgte zuletzt auch der französische Verschwörungsfilm «Hold-up». Einem Millionenpublikum wurde die Pandemie darin als geplante Vernichtung der Menschheit präsentiert. Zwar hat Youtube den Streifen inzwischen gesperrt, doch wer danach sucht, wird immer noch fündig.

Auch in Deutschland pflegen die «Querdenker» Kontakte zu extremen Rechten, neben Reichsbürgern und Identitären haben auch PolitikerInnen der AfD wiederholt ihre Nähe gesucht. So verbreitete etwa der rechtsextreme Thüringer Landeschef Björn Höcke auch schon Verschwörungsmethoden, sprach in einer Rede vor AnhängerInnen im Oktober von anvisierten «Zwangsimpfungen mit erbgutveränderndem mRNRA-Impfstoff» (sic) und kritisierte die staatliche Repression. Inzwischen werden die «Quer-



Für einen ausreichenden Schutz der Gesellschaft müssen etwa zwei Drittel der Bevölkerung geimpft sein: Ein 98-jähriger Engländer erhält seine Covid-19-Impfung. FOTO: KEYSTONE

denker» in Baden-Württemberg vom Verfassungsschutz beobachtet. Gerade auf sie beziehen sich auch Schweizer CoronaleugnerInnen in ihren Telegram-Chats: Findet in Deutschland eine Demo statt, wird auch in der Schweiz darüber geredet.

An der SVP-Spitze ist die Impfskepsis derweil nicht so breit verankert wie bei ihren Schwesterparteien. Zwar hat der ehemalige Luzerner SVP-Sekretär Richard Köller – gemeinsam mit Daniel Trappitsch und der Luzerner SVP-Nationalrätin Yvette Estermann – eine Initiative gegen die angeblich drohende Impfpflicht lanciert. Doch Stimmung gegen die Impfung selbst gemacht hat die Partei nicht.

Das Zaungleichnis

Am erfolgreichsten mobilisieren die ImpfgegnerInnen in den sozialen Medien. Das britische Centre for Countering Digital Hate, das zu Hass im Netz forscht, hat kürzlich die Rolle von Big-Tech-Firmen bei dieser Mobilisierung unter die Lupe genommen. Demnach haben Accounts von ImpfgegnerInnen insgesamt 58 Millionen FollowerInnen. In

den Monaten der Pandemie allein sind fast 8 Millionen dazugekommen.

Im Frühjahr kam eine US-Studie zudem zum Schluss, dass ImpfgegnerInnen im Netz zwar eine Minderheit, aber deutlich besser vernetzt als die viel zahlreicheren ImpfbefürworterInnen seien – mit eigenen Seiten, Gruppen und Youtube-Kanälen. So würden sie es besser schaffen, die Unentschiedenen auf ihre Seite zu ziehen. Ein Vorgang, den Experten auch gerne mit dem sogenannten Zaungleichnis beschreiben. Demnach befinden sich die GegnerInnen auf der einen, die Behörden auf der anderen Seite des Zauns, oben sitzen die Unentschiedenen. Die Frage ist, auf welche Seite sie sich ziehen lassen.

Auch WHO-Experte Siddhartha Datta spricht von einer «Infodemie»: ungefilterten, nicht verifizierbaren Behauptungen zu Covid-19, die die sozialen Medien fluteten. Besonders im Fokus stehen die Impfstoffe. «Die Coronakrise hat zu einer dramatischen Zunahme falscher oder irreführender Informationen geführt», schreibt auch die EU-Kommission auf Anfrage.

Um diesen Fake News entgegenzuwirken, arbeitet die WHO mit den Suchmaschinen

zusammen. Wer etwa nach Informationen zur Covid-19-Impfung sucht, soll als Erstes auf die WHO oder andere Institutionen verwiesen werden. Auch die EU-Kommission kooperiert mit Onlineplattformen und betreibt ein «Monitoring» diverser Social-Media-Kanäle. Kürzlich hat Facebook angekündigt, Falschinformationen über die Covid-19-Impfungen von seinen Plattformen zu löschen.

Was alle Institutionen wollen: über die anstehenden Impfungen und ihre potenziellen Risiken aufklären. Man werde «spätestens im Januar» mit einer Informationskampagne starten, schreibt das Bundesamt für Gesundheit (BAG). Wie die aussuchen soll, lässt die Sprecherin offen; auch dort will man aber auf die sozialen Medien fokussieren.

Der Basler Infektiologe Philip Tarr ist sich indes sicher, dass für impfskeptische Menschen eine vertrauensvolle Ansprechperson wie etwa der Hausarzt zentral sei. «Viele wollen ernst genommen werden, mitreden und so zu einer eigenen, informierten Meinung finden.» Und Datta sagt: «Wenn Menschen die Möglichkeit haben, mit einem Experten über ihre Fragen zu reden, sinkt das Misstrauen tendenziell.» Vom Erfolg der ÄrztInnen und nationalen Behörden, der WHO und der EU wird also abhängen, ob die Covid-19-Impfung zumindest einen Teil der Normalität zurückbringt. Was derzeit auffällt: Während diese Seite des Zauns bisher eher leise ist, sind die GegnerInnen umso lauter. Und sie sind weiter dabei, sich international zu vernetzen.

«Coronasprechstunde» in Herrliberg

Die Ärztin Konstantina Rösch aus Graz etwa, die von den rechtsextremen Medien für ihr unermüdetes Engagement gegen die Maske «Mutärztin» genannt wird, reist mit ihrem Mann durch Österreich und bittet zur «Coronasprechstunde». Komendes Wochenende steht auch ein Auftritt im Restaurant Rössli in Herrliberg ZH an. Für den gleichen Tag haben Ableger der «Querdenken»-Bewegung aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz zu einem Treffen in Weil am Rhein bei Basel aufgerufen. «Zwangsimpfungen» und «Gesundheitsdiktatur» dürften auch dort wieder Thema sein.

Dass die Coronaprotekte nicht unbedingt auf grosse Gegenliebe stossen, zeigt sich auch am Samstag in Aarau. «Zieht eure Masken verdammt noch mal richtig an!», brüllt eine junge Frau vom Balkon, als der Zug der Schweigenden gerade die Einkaufsstrasse passiert.

OPERATION LIBERO

Geld in Bewegung

Die Operation Libero braucht dringend Geld, sonst droht das Aus. Im Spendenaufruf beschreibt sie sich als «neue politische Bewegung». Wie kommt die liberale Kampagnenorganisation mit Start-up-Groove überhaupt zu diesem Selbstverständnis?

VON BENJAMIN VON WYL

Entweder kommen bis Ende Februar 50000 Franken Spenden zusammen, oder man werde «Angestellte entlassen, im schlimmsten Fall Konkurs anmelden». Letzte Woche veröffentlichte die Kampagnenorganisation Operation Libero (OL) einen Hilferuf. «Wir haben uns gegen «back to freiwillig» entschieden», sagt Laura Zimmermann, OL-Koprasidentin. Wie jedes «Start-up» durchläufe man «Zyklen in der Organisationsentwicklung». Sechs Angestellte in der Geschäftsstelle seien bereits die Untergrenze, um kampagnenfähig zu bleiben.

Das «Businessmodell» mit aufsehenerregenden Kampagnen gegen rechte Initiativen habe funktioniert, als «die SVP stark war». Nun orientiere man sich um wolle die Agenda mit eigenen Ideen für Europa, Digitalisierung und Migrationspolitik bestimmen. Zwischen Schlagworten wie «nachhaltige Finanzierung», «Steigerung des Eigenkapitals» und «Policy Shaping» taucht auch das Wort «Herzblutaktivismus» auf. Denn der Slogan der Spendenkampagne lautet: «Wir sind die neue politische Bewegung der Schweiz.»

«Aus dem Wahlkampf gelernt»

«Wir sind eine Bewegung, weil wir weder Partei noch NGO sind», erklärt Zimmermann die Selbstbezeichnung. Die Geschäftsstelle unterstütze das Engagement der vielen Freiwilligen, die die Inhalte und das Tun der Operation Libero seit der Gründung 2014 prägten. Gegenwärtig habe die OL gut

1700 Mitglieder – darunter besonders viele Junge und RentnerInnen.

Lange Zeit schien sich die Linke mit der OL zu arrangieren. Es war nützlich, dass endlich auch Leute vehement gegen den Rechtspopulismus antraten, die nie einen Gedanken an die sozialistische Weltrevolution verschwendet hatten. Dies änderte sich im Vorfeld der nationalen Wahlen 2019: Die damalige «Wandelwahl»-Kampagne der OL sollte «fortschrittliche» KandidatInnen von den Grünen bis zur FDP ins Parlament bringen. Das Vorgehen sorgte für Kritik, weil die OL linke KandidatInnen anging und ihnen Wahlwerbung versprach, wenn sie sich auf einen von der Organisation vorgegebenen Kurs verpflichteten. Als auch noch herauskam, dass die Kampagne massgeblich von einer anonymen Grosspende getragen wurde, war der Schaden perfekt.

«Liberale und Linke vertreten komplett verschiedene Ideologien», sagt Zimmermann. Es sei nie darum gegangen, politische Unterschiede einzuebren. «Wir haben aus diesem Wahlkampf gelernt.» Die anonyme Spende von 400000 Franken sei zu Recht kritisiert worden, und die jetzige Geldsammelaktion sei Teil der Lösung: Künftig soll «Transparenz» politisch zum Schwerpunkt werden – und für die OL selbst genauso gelten.

Der Sozialdemokrat Marco Kistler entwickelt beruflich politische Kampagnen. «Die Aufmachung ist stark an klassisches Marketing angelehnt», ordnet er den OL-Spendenauftrag ein. Eine bekannte Marke suche «KäuferInnen

für ein hoch professionelles politisches Produkt». Die Sprache und «der Start-up-Groove» würden sich «an ihr zahlungskräftiges Milieu» richten. Den drohenden Ton – Geld oder Entlassungen – hält Kistler für legitim, wenn das die reale Lage sei: «Falls sie das Spendenziel verpassen, müssen sie aber konsequent sein.»

Reicht «jung und liberal»?

«Wir leben in einer Zeit politischer Bewegungen», sagt Pauline Lutz, Klimaaktivistin in Basel. Klimawandel, Rassismus und Sexismus blieben drängend – diese Dynamik stoppe auch die Pandemie nicht. «Darum übernehmen wohl die gut ausgebildeten Leute bei der Operation Libero Bewegungssprache.» Das mache die Kampagnenorganisation noch lange nicht zur Bewegung. Die achtzehnjährige Lutz sammelte selbst Unterschriften für die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi). Das Abstimmungsresultat und die Debatte hätten sie überwältigt. «Trotzdem bleibt auch die Kovi ein Bündnis für Sachpolitik.» Eine Bewegung sei sie nicht.

Bei Tom Cassee, Mediensprecher der Kovi, tönt das ähnlich. Unglaublich viele Freiwillige hätten mitgewirkt. «Engagement und Netzwerk überdauern die Abstimmung.» Aber eine spontane Graswurzelbewegung sei

die Kovi nie gewesen. Die Zusammenarbeit mit der Operation Libero, die sich im Abstimmungskampf dem Bündnis anschloss, empfand er als gut.

Einst war Cassee Sekretär der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA). Diese ist bekannt als «extrem guter Ausbildungsort für politische Kampagnen», wie deren Sekretär Moritz Lange sagt. «Wohl deshalb haben sich bei uns auch schon Leute von Operation Libero beworben.» Doch Schnittflächen sieht Lange kaum: Die GSoA beackert ein konkretes Feld – die Sicherheitspolitik. Die OL hingegen stehe bloss dafür, «jung und liberal» zu sein. Obwohl: «Der Angriff auf die SVP aus der Mitte schuf ein kurzes Bewegungsmoment.» Auch die GSoA ist für lange keine Bewegung mehr. Aber sie war mal eine.

Als solche ist sie einer un-bequemen Position entwichen: Wer vor über dreissig Jahren zu den ErstunterzeichnerInnen der Armeabschaffung gehörte, riskierte gesellschaftliche Achtung. Wer hingegen vor sechs Jahren die OL mitgründete, erweiterte seinen geraden Lebenslauf um das Feld des Politischen, die Organisation war schliesslich immer Teil der dominanten Mehrheitsgesellschaft. Kein Wunder also, dass immerhin Geld in Bewegung ist: Bis Redaktionsschluss hatte die Organisation bereits über 260000 Franken gesammelt.

Künftig soll
Transparenz zum
Schwerpunkt der
Organisation
werden.